

Es informiert Sie Anita Kretschmer

Telefon (0202) 563 22 24  
Fax (0202) 563 80 15  
E-Mail anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de

Datum 28.06.04

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesundheit (SI/1538/04) am 23.06.2004**

Anwesend sind:

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Prof.Dr. Helmut Brunner , Herr Horst Hombrecher , Herr Arnold Norkowsky , Herr Theodoros Olympos , Herr Günter Pott ,

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Jörg Blume , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhlreiter , Herr Hans Jürgen Vitenius ,

#### **von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Paul Yves Ramette ,

#### **von der Ratsgruppe DIE GRAUEN**

Frau Christa Aulenbacher ,

#### **von der FDP-Fraktion**

Frau Brigitte-Marcella Panetta- Jung ,

#### **Ausländerbeirat**

Herr Frederick Mann ,

#### **berat. Mitglied § 58 I GO NRW**

Herr Michael Hohagen ,

#### **Behindertenbeirat**

Herr Hans Bernd Engels ,

#### **von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden**

Eckhard Arens, Herr Dr. Martin Hamburger , Frau Bärbel Hoffmann, Herr Ulrich Ippendorf

#### **von der Verwaltung**

Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Jürgen Lemmer , Herr Thomas Lenz , Frau Katja Rosenkranz , Herr Klaus-Peter Stein , Frau Doris Nehls, Frau Angela Brüntrup, Frau Charlotte Dahlheim, Dr. Frank Neveling, Frau Bärbel Weisz

#### **Gäste**

Herr Schmitz (Bundesagentur für Arbeit), Frau Kornelia Roßkothen (Presse)

#### **Schriftführerin**

Frau Anita Kretschmer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

## **Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung am 28.04.04:**

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Prof. Brunner unter Wünsche und Anregungen um folgende Ergänzung zum Protokoll gebeten hat:

Prof. Brunner erwartet, dass zur Aufteilung der vom Rat der Stadt beschlossenen Einsparungen von Zuschüssen die Politik einen Entscheidungsvorschlag zu dem auf den Geschäftsbereich Soziales, Jugend & Integration entfallenen Anteil bis zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesundheit am 23.06.04 vorlegt. Dieser Vorschlag soll den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege Sicherheit in der Personalplanung ab Januar 2005 geben.

Es gibt **keine Einwände** gegen die gewünschte Ergänzung zum Protokoll der Sitzung am 28.04.04.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass folgende Vorlagen ausgelegt wurden:

zu TOP 1: Ergänzungsantrag Umsetzung Hartz IV                      VO/3161/04

zu TOP 3: Nachtrag der Fachstelle für Suchtvorbeugung vom 18.06.04

zu TOP 11: 10. Änderungssatzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren in Übergangsheimen mit aktualisierten Daten der geltenden Gesetze

Neu: Rollstühle in städtischen Gebäuden                      VO/3138/04  
Antrag der SPD- Fraktion vom 11.06.04

## **I.            Öffentlicher Teil**

---

### **1            Umsetzung Hartz IV Vorlage: VO/3069/04**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schmitz, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Wuppertal.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) gemeinsam mit der örtlichen Agentur für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft gem. § 44 b SGB II zu bilden und einen Kooperationsvertrag mit der örtlichen Agentur für Arbeit unter Beachtung der örtlichen Belange auszuhandeln. Hierbei sind folgende Eckpunkte zu Grunde zu legen:
  - Die Kernkompetenzen beider Behörden werden in der Arbeitsgemeinschaft genutzt, indem qualifiziertes Personal und besondere Dienstleistungen mit eingebracht werden. Der Ausgleich der Personalkosten für die Stellenanteile, die sich auf die Erledigung von Aufgaben aus der Zuständigkeit der jeweils anderen Behörde beziehen, wird entsprechend den zur Verfügung stehenden Pauschalen des Bundes für Personalkosten erfolgen.
  - Der Arbeitsgemeinschaft wird bei Gründung kein eigenes Personal erhalten; für die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft eingesetzten Mitarbeiter/innen erfolgt kein Wechsel der Anstellungsbehörde bzw. des

- Dienstherrn.
- Die Aufgaben nach dem SGB II sollen ganzheitlich erbracht werden, so dass die Hilfestellung "aus einer Hand" erfolgt.
  - Angebote und Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Infrastruktur werden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Eingliederungshilfen weitergeführt. Die entsprechenden Hilfen gem. § 16 Abs. 3 SGB II (Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, Vermittlung auf den 2. Arbeitsmarkt) sollten auf Grundlage der gemeinsamen Zielsetzungen sichergestellt werden.
  - Die Zusammenarbeit mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege wird zur Einbindung und Nutzung der bestehenden Kompetenzen fortgesetzt.
3. Der Rat der Stadt bekräftigt die Forderung nach finanzieller Entlastung als Voraussetzung für den Abschluss der Maßnahmen unter Ziffer 2 und verweist auf die Zusagen aus dem Gesetzgebungsverfahren, nach der die Kommunen mit 2,5 Milliarden Euro im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entlastet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**1.1 Ergänzungsantrag zu TOP 1, Umsetzung Hartz IV, VO/3069/04  
Vorlage: VO/3161/04, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom  
15.06.04**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

- 1) In die gemeinsam mit der örtlichen Agentur für Arbeit zu bildenden Projektteams zur vorbereitenden Klärung von Detailfragen zur Umsetzung von Hartz IV werden VertreterInnen der freien Wohlfahrtspflege sowie der Selbsthilfeorganisationen aus dem Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Frauenbereich mit beratender Stimme eingebunden. Entsprechendes Einvernehmen mit der Agentur für Arbeit ist herzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Abgelehnt mit 10 Stimmen gegen 1 Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

- 2) Die Verwaltung wird gebeten, Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt, Bezirksvertretungen und vorhandene Stadtteilkonferenzen frühzeitig über die durch die Umsetzung von Hartz IV bedingten Veränderungsnotwendigkeiten insbesondere im Bereich der Bezirkssozialdienste und Fachstellen zu unterrichten.
- 3) Die Verwaltung wird gebeten, noch im Jahr 2004 eine öffentliche Informationsveranstaltung unter Beteiligung der Agentur für Arbeit, der freien Wohlfahrtspflege ( insbesondere der Träger von Arbeits-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ) sowie der Selbsthilfeorganisationen aus dem Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Frauenbereich durchzuführen, die den erreichten Stand der Vorbereitung der Umsetzung von Hartz IV zum Gegenstand hat.

Die Punkte 2 und 3 des Antrages sind durch tatsächliches Handeln der Verwaltung **erledigt**.

**Abstimmungsergebnis:**

Zugestimmt mit 10 Stimmen gegen 1 Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

---

|          |   |
|----------|---|
| <b>2</b> | <b>Managementprogramm der Stadt Wuppertal</b> |
|----------|---|

---

|            |   |
|------------|---|
| <b>2.1</b> | <b>Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal</b><br><b>Vorlage: VO/2594/04</b> |
|------------|---|

---

|            |   |
|------------|---|
| <b>2.2</b> | <b>Managementprogramm "Innenstadtentwicklung"</b><br><b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.02.2004.</b><br><b>Vorlage: VO/2639/04</b> |
|------------|---|

---

|            |   |
|------------|---|
| <b>2.3</b> | <b>Änderungsantrag Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal</b><br><b>Antrag der CDU-Fraktion vom 27.04.2004.</b><br><b>Vorlage: VO/2909/04</b> |
|------------|---|

Stv. Mucke informiert darüber, dass der Teil des im Änderungsantrag zu Seite 11 des Managementprogrammes zum Zielbereich 3 (Lebensqualität, Soziales, Kultur und Sport) die SPD- Fraktion dazu bewogen hat, den Antrag auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Nach einer kurzen Diskussion stellt der Vorsitzende fest, dass die abschließende Vorberatung der Fachausschüsse im Umweltausschuss stattgefunden hat. Eine weitere Beratung müsste ggf. im Rat der Stadt erfolgen.

---

|          |   |
|----------|---|
| <b>3</b> | <b>Zigarettenautomat in der Nähe des Carl-Duisberg-Gymnasiums, Anfrage der CDU- Fraktion vom 17.03.04</b><br><b>Vorlage: VO/2759/04</b> |
|----------|---|

---

|            |  |
|------------|--|
| <b>3.1</b> | <b>Zigarettenautomat in der Nähe des Carl-Duisberg-Gymnasiums- Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal an den Ausschuss Soziales und Gesundheit</b><br><b>Vorlage: VO/2759/04/1-A</b> |
|------------|--|

Der Vorsitzende weist auf einen Tippfehler in der Beantwortung der Frage 3 hin: Es muss heißen 200 m statt 50 m.  
Außerdem erklärt er, dass sich die aufstellende Tabakfirma freiwillig bereit erklärt hat, den betreffenden Zigarettenautomaten am Carl- Duisberg- Gymnasium abzubauen. Darüber hinaus ist der Zigarettenautomat am Haus der Jugend in Barmen bereits entfernt worden.

Stv. Mucke fragt an, ob es im Rahmen des Nichtraucherschutzes nicht möglich wäre, alle Zigarettenautomaten an öffentlichen Gebäuden abzubauen. Herr Beig. Dr. Kühn sagt die Prüfung der Frage zu.

Der ausgelegte Nachtrag der Fachstelle für Suchtvorbeugung zu den Angeboten der Nikotinprävention vom 18.06.04 wird zur Kenntnis genommen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

|          |   |
|----------|---|
| <b>4</b> | <b>Berufliche Förderung der Integrationsjugendlichen, Antrag des Initiativkreises Gemeinsame Schule</b><br><b>Vorlage: VO/2895/04</b> |
|----------|---|

---

|            |  |
|------------|--|
| <b>4.1</b> | <b>Berufliche Förderung der Integrationsjugendlichen, mündlicher Bericht H. Lenz</b> |
|------------|--|

Herr Lenz berichtet, dass es in Wuppertal bisher keine Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt. Er schlägt vor, gemeinsam mit dem "Initiativkreis Gemeinsame Schule" nach Möglichkeiten zu suchen, um den vorhandenen Bedarf zu decken.  
Herr Engels spricht für das Vorhaben die Unterstützung des Behindertenbeirates

aus und der Vorsitzende sichert die Unterstützung des Ausschusses Soziales und Gesundheit zu.

Es wird einvernehmlich festgestellt, dass der Antrag **VO/2895/04** erledigt ist.

---

**5 Info-Stelle für Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen**  
**Vorlage: VO/3075/04**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**6 Familie in Wuppertal- Familienclub**  
**Vorlage: VO/3015/04**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Projektes "Familie in Wuppertal" folgende Einzelprojekte durchzuführen:

1. Regelmäßige Veröffentlichung von Themen bezogenen Informationen, die Familien in Wuppertal über Vergünstigungen, Veranstaltungen und Einrichtungen in Kenntnis setzen.
2. Aufbau eines Internet- Angebots für Familien unter [www.wuppertal.de](http://www.wuppertal.de).
3. Aufbau des "Familienclubs Wuppertal" als Anbieter mit folgenden Inhalten:
  - Koordination von regulären und besonderen Veranstaltungen mit Beiträgen der städtischen Betriebe und in Zusammenarbeit mit externen Partnern
  - Regelmäßige Informationen über besondere Angebote des "Familienclubs" für Wuppertaler Familien
  - Informationen über Bonusleistungen für Wuppertaler Familien

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**7 Kinder- und familienfreundliche Stadt, mündlicher Bericht Herr Dr. Kühn und Herr Verst**

Beig. Dr. Kühn kündigt an, dass eine mit allen Bereichen der Verwaltung abgestimmte Vorlage in Vorbereitung ist und den Gremien in der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode vorgelegt wird.

---

**8 Wuppertaler Bündnis für Familien**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2004.**  
**Vorlage: VO/2861/04**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadt Wuppertal beteiligt sich an der bundesweiten Initiative "Lokale Bündnisse für Familien" des BMFSFJ und initiiert ein "Wuppertaler Bündnis für Familien".
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne ab Oktober 2004 zu entwickeln. Dabei ist der Beratungsangebot aus dem BMFSJF und dem Servicebüro der Initiative zu nutzen.
3. Inhaltlicher Schwerpunkt der Kampagne ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits existierende Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, sind aufzunehmen und fortzuentwickeln.
4. Für das Bündnis sollen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Elterninitiativen, Verbände, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Akteure gewonnen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**9 Übernahme von Kosten medizinischer Behandlung im Rahmen zusätzlicher Sozialhilfeleistungen, Antrag der Ratsgruppe der PDS vom 10.05.2004.  
Vorlage: VO/2971/04**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Bis zur Änderung der Regelsatz Verordnung durch das Land NW werden Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern sowie Bürgerinnen und Bürgern mit einem monatlichen Einkommen in gleicher Höhe die Kosten für ärztliche und zahnärztliche Besuche (derzeit 10 EURO pro Quartal und Arztpraxis) durch das Ressort soziale Dienste erstattet. Ebenfalls erstattet werden Zusatzzahlungen für ärztlich verschriebene Medikamente, die in Apotheken zu leisten sind.
2. Die Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung NW auf, bei Festlegung der ab Januar 2005 zu zahlenden Regelsätze die Belastung durch ärztliche und zahnärztliche Besuche und durch Zuzahlungen für Medikamente bis zur Höchstbelastung in die Regelsatz Verordnung aufzunehmen, sofern sie bis dahin nicht bereits durch den Bundesgesetzgeber durch Änderung der Eckregelsätze berücksichtigt worden sind.

**Abstimmungsergebnis:**

Abgelehnt bei einer Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

---

**10 Jahresbericht 2003 - Beratungsstelle für sexuell übertragbare Erkrankungen und Prostituierte -des Gesundheitsamtes Wuppertal  
Vorlage: VO/2986/04**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**11 10. Änderungssatzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren in Übergangseinrichtungen  
Vorlage: VO/2999/04**

Herr Lemmer macht auf die ausgelegte geänderte Fassung der Satzung aufmerksam, in der lediglich die Daten der betroffenen Gesetzeswerke aktualisiert worden sind.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die zehnte Änderung der Satzung über die Erhebung der Gebühren für die Benutzung von Übergangsheimen und Übergangswohnungen der Stadt Wuppertal für ausländische Flüchtlingen und Aussiedler (10. Änderungssatzung).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

---

**12 Reduzierung der Zuschüsse für die Betreuung ausl. Flüchtlinge und Aussiedler 2005**  
**Vorlage: VO/3012/04**

Herr Arens informiert darüber, dass die Träger der Betreuungsmaßnahmen noch im Gespräch sind, um eine Alternativlösung zum Vorschlag der Verwaltung einvernehmlich zu erzielen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**13 Betriebskostenzuschüsse 2004 für die Altentagesstätten freier Träger**  
**Vorlage: VO/3030/04**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:

Den Trägern der Altentagesstätten werden für 2004 auf Basis der ab dem 01.01.2004 geltenden neuen Förderungsrichtlinien vorbehaltlich der von der Stadtparkasse Wuppertal in Aussicht gestellten Spende von 205.000,00 EUR folgende Betriebskostenzuschüsse gewährt:

|  |               |
|--|---------------|
| Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wuppertal e. V., Hombüchel         | 24.257,81 EUR |
| Kath Kirchengemeinde Hl. Ewalde, Hauptstr.                         | 4.431,47 EUR  |
| Kath. Kirchengemeinde Herz-Jesu, Höchsten                          | 12.189,75 EUR |
| Caritasverband Wuppertal e. V., Kölner Str.                        | 15.225,72 EUR |
| Kath. Kirchengemeinde St. Michael, Leipziger Str.                  | 4.277,39 EUR  |
| Kath. Kirchengemeinde St. Mariä-Empfängnis, Lettow-Vorbeck-Str.    | 12.760,35 EUR |
| Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Wuppertal e. V., Solinger Str. | 18.510,88 EUR |
| Ver. Ev. Kirchengemeinde Heckinghausen, Heckinghauser Str.         | 23.371,67 EUR |
| Zentrales Verwaltungsamt Kirchenkreis Barmen, Meckelstr.           | 11.349,62 EUR |
| Ev. Altenhilfe Wichlinghausen, Westkotter Str.                     | 14.811,82 EUR |
| Ev. Kirchengemeinde Elberfeld-West, Arrenberger Str.               | 28.024,22 EUR |
| Ev. Kirchengemeinde Elberfeld-Nord, Bergischer Ring                | 15.218,67 EUR |
| Ev. Kirchengemeinde Elberfeld-Südstadt, Unterer Griffenberg        | 23.439,34 EUR |
| Ev. Kirchengemeinde Uellendahl, Röttgen                            | 8.515,65 EUR  |
| Paritätische Hilfe e. V., Chlodwigstr.                             | 35.100,45 EUR |
| Soziales Hilfswerk Ronsdorf e. V., Erbschlöer Str.                 | 18.657,25 EUR |
| Nachbarschaftsheim Wuppertal e. V., Platz der Republik             | 39.573,37 EUR |
| Jüdische Kultusgemeinde Wuppertal, Fr.-Ebert-Str./Gemarker Str.    | 14.384,57 EUR |

**324.100,00 EUR**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmigkeit.

- 
- 14 Berliner Platz**  
**Vorlage: VO/3086/04**  
Entgegennahme ohne Beschluss.
- 
- 15 Neue Wohnformen im Alter**  
**Vorlage: VO/3033/04**  
Entgegennahme ohne Beschluss.
- 
- 16 Rollstühle in städtischen Gebäuden, Antrag der SPD- Fraktion vom 11.06.04**  
**Vorlage: VO/3138/04**  
Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 23.06.2004:  
Die Verwaltung wird beauftragt, in städtischen Gebäuden (Rathaus Barmen, Verwaltungshaus Elberfeld, Opern- und Schauspielhaus, Stadion am Zoo, Schwimmbäder und Sporthallen, Stadtbibliothek u. a.) Rollstühle für gehbehinderte Menschen vorzuhalten, die diese während ihrer Aufenthalte im jeweiligen Gebäude nutzen können.  
  
Dabei ist an ein Modell gedacht, bei dem der Rollstuhl an einer zentral zugänglichen Stelle (in unmittelbarer Nähe des behindertengerechten Zuganges, der Behindertenparkplätze) vorgehalten wird und dort mittels einer Münze/ eines Chips zur Nutzung abgeholt werden kann.  
  
Die benötigten Rollstühle könnten durch Sponsoren bereit gestellt werden. Es gibt bereits die Zusage eines Sanitätshauses bei Umsetzung des Projektes zwei Rollstühle zu spenden.  
  
**Abstimmungsergebnis:**  
**Dem Rat der Stadt wird empfohlen wie folgt zu beschließen:**  
  
Abgelehnt mit 5 Stimmen der CDU- Fraktion und 1 Enthaltung der FDP- Fraktion.  
  
Stv. Hombrecher **stellt folgenden Antrag:**  
  
Im Sinne der Kundenfreundlichkeit werden die beiden gestifteten Rollstühle im Rathaus Barmen eingesetzt. Nach einem Jahr Nutzung wird dem Ausschuss Soziales und Gesundheit ein Bericht über die gemachten Erfahrungen vorgelegt.  
  
**Abstimmungsergebnis:**  
Zugestimmt mit 5 Stimmen der CDU- Fraktion, 1 Stimme der FDP- Fraktion und 4 Enthaltungen.
- 
- 17 Mitteilungen der Verwaltung**  
Herr Dr. Neveling informiert darüber, dass der Mobilfunkexperte Prof. Frenzel-Beyme am 21.07.04 um 18 Uhr im Verwaltungshaus Elberfeld, Raum 300 einen Vortrag hält.  
Außerdem gibt er bekannt, dass das Gesundheitsamt nun ein Laiendefibrillator zur Reanimation in Fällen von Herzstillstand besitzt.  
  
Beig. Dr. Kühn informiert darüber, dass das Innenministerium die Genehmigung zur Bildung des Migrationsausschusses erteilt hat.
- 
- 18 Wünsche und Anregungen**  
Keine Wortmeldungen.